

Der anderen umsetzen
halten worden sei.

Flandin tert".

ischen Note.

ndon, 21. März.

in großer Auf-
laggeisen von der
alienischen Proteste
henden deutschen
französische Note
umt bezeichnet.
sten wie „Juridic-
durch Deutschland“
ab.“

ing Standard“, die
nützlichen Minister-
eigert worden.
Clemenceau oder
Stürmischen Tagen
men, daß die Frie-
in die Tat umge-

ich und seine Ver-
d niemals der An-
Maria unter den
unter allen Um-
nicht die Unfah-
o nicht mit Gewalt

Prag.

don, 21. März.

stigen Amtes ver-
gung, seines Be-
han, Polen in der
verlassen wird, die
Bormittag des 21.
nommen hat. Er
s mit dem Flug-

r.

fährige Offizientin,
das sich im Vor-
sprechen, trat Dr.
feuerte aus
wichtigste Rolle ab. Eine
im und drang ins-
schlechte Augenblicke.
r Täter: „Das ist
leichter.“

hülle hin führten
in Militärkloster,
rs verhängt hatte
ung seiner Pistole
kam zu einem
n Männern und
Dr. Kordon zu
die Radehemmung
felloos noch weitere
es Jahrsatzes voll

n für die uffahrt.

ris, 21. März.

usses der Kammer
General De nain
Gesetzesvorschlag
die für das fomi-
für die mili-
1 Milliarde
französischen Luft-
ellen diese Kredite
so, daß der Luft-
1935 bereitgestellten
Franken über 3,5

a Papst.

er Vatikanstadt.

om, 21. März.

in seiner Eigen-
„(Missions-)Ver-
vom Papst in
s XI. hat für die
Jahren von dem
worden war und
den den Dienst der
stellt, wärmes
dem Hauptmann
gab ihm auch
und modernen
mit auf den Weg.
anfängt von Kar-
Petrus“ in Rom
Aßen wird das
Stadt — vor dem
zur allgemeinen
aus soll das
et werden. Von
für die „Miva“
lete Afrikas be-

wert an.

orf, 21. März.

müht ist, weitere
erfel Harlem zu
er Reger an.
weitere Wün-
Gouverneur ge-
on Truppen
Ordnung gebo-
a von Aden und
wird auf eine
den Lebensbe-
ngen eines Wo-
bländerung durch
niesen, der sich
wollte, wurde der

inzwischen ein
die Regierung
er gefordert hat.

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang

Verlagssort: Bocholt,
Verlagort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 79

Donnerstag, den 21. März 1935

Jahrgang 1935

Die französische Antwort auf den deutschen Wehr-Beschluß.

Anrufung des Völkerbundsrates. — Ein Protestschritt in Berlin.

Hestige Angriffsrede Flandins im Senat.

(1) Paris, 20. März.

Vor vollbesetztem Hause eröffnete Ministerpräsident
Flandin mit einer einviertelstündigen Rede die
heutige Senatsitzung.

Er begründete zunächst die von der Regierung in ihrer
vor den Kammern abgegebenen Erklärung vorgesehenen
Maßnahmen zum Ausgleich der rekrutenarmen
Jahrgänge.

Am zweiten Teil seiner Rede ging der Ministerpräsi-
dent auf die Proklamation der Reichsregie-
rung hinsichtlich der Wehrpflicht über.

Man habe dieses Ereignis als Folge der Veröffentlichung
des englischen Wehrbuchs und der Erklärung der
französischen Regierung hinstellen wollen. Diese Behaup-
tung ließe im Widerspruch zu den Tatsachen. Die zwölf
Armeeformationen und die 36 Divisionen seien in Wirklichkeit
schon vorhanden gewesen. Außerdem sei acht Tage früher
der amtliche Beschluß der Schaffung einer deutschen Streit-
macht zur Luft bekanntgegeben worden. Man sehe also
dem Abschluß einer Politik gegenüber, wobei man die
Proklamation ihrerseits absichtlich mit der Hebelung der
Feststellung zusammenfallen ließ, um den Eindruck zu ver-
stärken. Aber diese Proklamation entspreche einer Auffassung, die
wenn sie von der Welt angenommen würde, die Ver-
sicherung der auf dem Völkerbund beruhenden
Arbeit bedeuten würde.

Die Proklamation teile den Staaten mit, daß der
Schutz der Ehre und der Sicherheit des Reiches nunmehr
den eigenen Kräften des deutschen Volkes anvertraut
worden sei. Die Reichsregierung füge hinzu, daß sie nicht
über die Erfordernisse der Sicherung der Ehre und der
Freiheit des deutschen Volkes hinausgehen wolle.

Wenn man den Wortlaut der Proklamation mit der
Völkerbundsatzung vergleiche, lese man zwei entgegenge-
setzte Auffassungen:

Wo bleibe die Gerechtigkeit, von der die Satzungen des
Völkerbundes sprechen, wenn jeder sich das Recht bemesse,
die Verpflichtungen der Verträge zu verweigern? Was
bleibe von der Kraft des internationalen Rechtes übrig,
wenn man die eigene Kraft jeder Nation an die Stelle
dieses Rechtes setze?

Frankreich könne die Auffassung des
Reiches nicht teilen, ebenso wenig, wie es die
Begründung annehmen könne, die die Reichs-
regierung dazu gebe.

Seit 15 Jahren habe Frankreich viel für die Annähe-
rung der beiden großen Völker getan. Aber diese Ver-
söhnung könne nicht auf der Verletzung der Wahrheit
und auf der Verneinung des Rechtes und der Gerechtigkeit
beruhen. Es sei nicht wahr, daß das deutsche Volk nach
4½-jährigem Kriege die Waffen niedergelegt habe. Ueber
die Verantwortung an der Entfesselung
des Krieges sei das Urteil längst gesprochen. Er,
Flandin werde nicht zulassen, daß dieses Urteil in Ver-
söhnung gerate. Er fordere Hülfe auf, die Erinnerungen
eines seiner großen Vorgänger, nämlich des Fürsten
Bismarck, zu lesen über die Umstände, unter denen die
Kriegserklärung Deutschlands an Rußland erfolgt sei.
Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Völker,
eine Zusammenarbeit, die der Wunsch aller sei, könne nicht
zustandekommen durch das Vergessen der Verantwortlich-
keiten. Es sei nicht wahr, daß das deutsche Volk freiwillig
die Waffe im Jahre 1918 niedergelegt habe. Gewiß habe
das deutsche Volk kampflos bis zum Schluß gekämpft, das
werde niemand leugnen. Aber der Waffenstillstand sei
unterzeichnet worden, da Frankreich ihn gewollt habe, um
neue Verluste zu vermeiden, da die Koalition der Völker,
die für das Recht gekämpft hätten, siegreich gewesen sei,
ebenso wie sie es in Zukunft sein würde.

Auch sei die Behauptung unrichtig, Frankreich
habe seine Abrüstungsverpflichtungen
nicht erfüllt. Vergesse man denn die Verminderung
der Effektivstärke, die Frankreich vorgenommen und die
über 50 v. H. betragen habe? Vergesse man, daß Frank-
reich die Dauer der Militärdienstzeit nach und nach von
drei Jahren auf ein Jahr verkürzt habe? Bei der Kriegs-
marine habe Frankreich den Tonnengehalt von 768 000 im
Jahre 1914 auf 550 000 verringert. Ebenso seien die Luft-
streitkräfte vermindert worden. Beim Waffenstillstand
habe sich Frankreich von dem Wunsche zur Abrüstung
leiten lassen. Wenn Frankreich nicht mehr getan habe, so
nur wegen der Aufrüstung, die jenseits des Rheins fort-
gesetzt worden sei. Es sei ferner nicht wahr, wenn erklärt
werde, das Reich habe seine Verpflichtungen aus dem
Friedensvertrag ausgeführt.

Das Reich führe die amtliche Vernichtung des Ma-
terials an, vergesse aber, die Neubauten aufzu-
zählen, die ins geheim vorgenommen worden seien und
die hinter einer offiziellen Abrüstung eine tatsächliche
Aufrüstung darstellten.

Flandin ging dann dazu über, darzulegen, daß
Frankreich nach und nach auf die wesentlichen Klauseln
des Versailler Vertrages verzichtet habe. Von Spa-
bis Lausanne sei die Liste der französischen Verzicht-
auf seine geheiligten Forderungen an Deutschland lang. Die
französischen Steuerzahler hätten zu zahlen und würden
noch lange zu zahlen haben für Zerstörungen, die nicht
auf die Kriegshandlungen zurückzuführen seien, sondern
bewußt und systematisch von den deutschen Truppen
während der Besetzung des französischen Gebietes vor-
genommen worden seien. In Lausanne habe man dar-
unter einen Strich gezogen (Flandin gebrauchte den

Ausdruck: Schwamm darüber), und kürzlich erst habe
Frankreich die Saarabstimmung nicht um eine einzige
Stunde verzögert. Das Reich vergesse das alles. Man
müsse sich fragen, wie ein großes Volk unter einer sol-
chen Verletzung der Gerechtigkeit jemals einen aufrichtigen
Wunsch zur Zusammenarbeit finden werde.

Das französische Volk, das erregt gewesen sei über
den Austritt Deutschlands aus dem Völ-
kerbund, habe seit dem Abkommen von Rom und
den Besprechungen von London sich zu neuer Hoffnung
berechtigt geglaubt. Der Diktat schien in kurzer
Zeit durchführbar zu sein. Man habe mit der end-
lichen Sicherung des europäischen Friedens rechnen
können. In London habe man eine Politik der Vor-
sicht begonnen. Von dieser Politik habe man sich
die das Ende der Zivilisation bedeuten würde, zu ver-
meiden. In Genf sei man dabei gewesen, die Ab-
rüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Diesen
Augenblick habe Deutschland gewollt, um zu behaupten,
es sei bedroht. Von wem könne es sich bedroht fühlen?

Wenn Frankreich sich ansehe, den Völkerbund
auf Grund des Artikels 11 der Völkerbundsatzungen
mit einem für die Sache des Friedens so schwerwiegen-
den Akt zu befehlen, so diene Frankreich damit nicht

seinem eigenen Interesse, sondern dem Interesse der
Gesamtheit aller Staaten. Der Friede der Welt stehe
auf dem Spiel. Frankreich sei um den auf der Gerech-
tigkeit und auf der Ehre stehenden Frieden besorgt.
Es handele sich nun nicht mehr um eine französische,
deutsche Frage.

Frankreich sei stark genug, um sich selbst
zu verteidigen, und wenn sich die Notwendigkeit
biete, sich durch seine Bündnisse zu ver-
teidigen. Aber es gebe in Europa auch eine Reihe
von schwachen Völkern, deren Bestand bedroht wäre,
wenn man es zulassen würde, daß die Politik des Rechtes
durch eine Politik der Macht ersetzt würde. Vor dem
großen internationalen Tribunal müsse diese Frage be-
handelt werden. Ein jeder soll dort seine Begründun-
gen anführen, und ihre Berechtigung soll dort geprüft
werden.

Gewiß wolle Frankreich nicht Ungerechtigkeiten auf-
rechterhalten oder untragbare Zustände. Im Rahmen
der Legalität seien alle Überlegungen der Verträge
möglich. Das habe man, so meinte Flandin, der da-
mit auf Österreich, Ungarn und Bulgarien angespielt
haben soll, in der Vergangenheit gezeigt. Seitdem habe
sich diese Anschauung nicht geändert.

(Fortsetzung siehe 2. Seite)

Dreimächtebesprechungen in Paris.

Laval, Suwisch und Eden beraten über die weitere Entwicklung.

Am Vorabend von Berlin.

London, 20. März.

„Times“ schreibt, die Besuche der Botschafter Frank-
reichs und Italiens bei Simon hätten bezweckt, den
Wunsch der beiden Regierungen und besonders der fran-
zösischen Regierung um Ausdrück zu bringen, daß Si-
mons Berliner Besuch nicht als Trennung der britischen
Politik von der Politik Frankreichs und Italiens ausge-
legt werde. Sie hätten einen gemeinsamen Schritt
der drei Mächte zur Befestigung ihres Zusammen-
wirkens und ihrer gemeinsamen Beurteilung eines ein-
seitigen Kündigung eines vielleitigen Vertrages vorge-
schlagen. Ferner sei angeregt worden, Simon selbst
sollte vor seiner Berliner Reise zu gemeinsamen Be-
sprechungen nach Paris oder nach Nord-Italien
gehen. Gegen eine überleitete Reise Simons nach Frank-
reich oder nach Italien oder nach beiden Ländern bestan-
den jedoch, wie „Times“ annimmt, offenbar Bedenken
in einem Augenblick, wo die Vorkehrungen für seine Reise
nach Berlin endgültig abgeschlossen sind. Ueberdies findet
am Donnerstag im Unterhaus eine außerpolitische Aus-
sprache statt. „Times“ schließt: Die Bemühungen Frank-
reichs und Italiens beschränken sich daher jetzt anscheinend
darauf, eine Beratung mit einem anderen Vertreter der
britischen Regierung an einem noch festzusetzenden Platz
zu vereinbaren.

Die englische Regierung hat schließlich auf immer
erneutes Drängen der französischen Diplomatie ihre
grundtätige Zustimmung zu einer Aussprache
zwischen den drei Mächten gegeben. Aus Paris
wird hierüber berichtet:

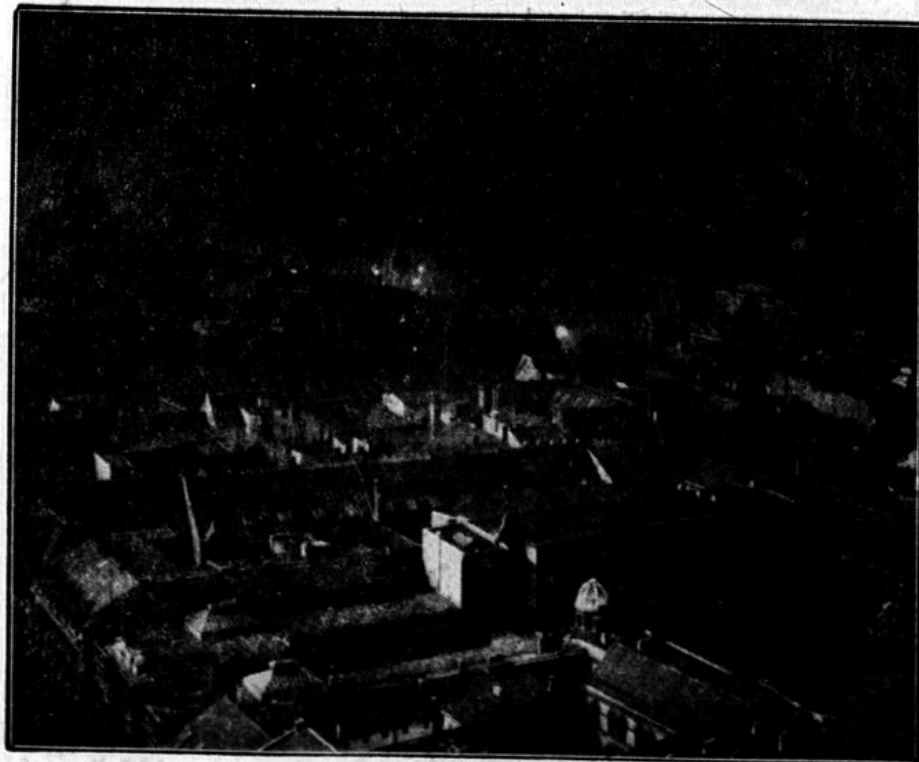
Die zwischen Rom, London und Paris über eine Zu-
sammenkunft von Vertretern Italiens,
Englands und Frankreichs geführten Verhand-
lungen haben zu einem Ergebnis geführt.

Diese Zusammenkunft soll einen vorbereitenden
Charakter tragen und vor der Abreise Sir
John Simons nach Berlin stattfinden. Eine
zweite Zusammenkunft soll nach der
Rückkehr Sir John Simons erfolgen.

Als Grundlage für die Arbeiten dieser zweiten Zu-
sammenkunft würden die von den Ministern von ihren
Reisen nach Berlin, Warschau und Moskau
heimgebrachten Elemente dienen. Die erste Zusammen-
kunft soll Sonnabend in Paris stattfinden. Italien
soll hierbei durch den Unterstaatssekretär Suwisch ver-
treten sein, während die Interessen Frankreichs durch
Laval wahrgenommen werden.

Die englisch-französisch-italienische Zusammenkunft
geht, worauf in London ausdrücklich hingewiesen wird,
auf einen von Paris und Rom ausgehenden Vorschlag
zurück. Vertreter Englands bei der Zusammenkunft wird
der Lordsegelebewahrer Eden sein. Voraussichtlich wird
Eden noch am Sonnabend nach London zurück-
kehren, um dann, wie geplant, am Sonntag mit dem eng-
lischen Außenminister Sir John Simon nach Berlin
zu reisen.

Die Berliner Verdunkelungsübung erfolgreich durchgeführt.



In sorgfältiger Disziplin der Berliner Bevölkerung wurde die große Verdunkelungsübung der Reichs-
hauptstadt planmäßig und erfolgreich durchgeführt. Man sieht hier ein eindrucksvolles Bild, das vom
Turm des Berliner Rathauses ausgenommen wurde und den Dom, das Schloß und die Linden während
der Verdunkelungsstunden zeigt.

Dom Ethos der deutschen Wehrpflicht.

Von

Hauptmann a. D. von Borstell.

„Das deutsche Volk empfindet den Akt der deutschen
Regierung vom 16. März nicht so sehr als einen mili-
tärlichen, als vielmehr einen moralischen Akt.“ Diese
Worte des Führers, gerichtet an den englischen Jour-
nalisten Ward Price, geben der vom ganzen deutschen
Volk mit Begeisterung aufgenommenen Wiedereinfüh-
rung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit wieder-
hergestellten Wehrhaftigkeit des Reiches eine tiefere Bedeu-
tung, als die oberflächliche Einschätzung militärischer
Ziffern und Formen es vermag. Ein Rückblick in die
preußisch-deutsche Geschichte, der vergangenen hundert
Jahre macht der Nachwelt offenbar, daß Scharn-
horsts Wert, das 1814 im Vohensteden Wehrge-
setz seine staatsrechtliche Formulierung fand und später vom
Reiche Bismarcks übernommen wurde, nicht nur
militärisch und wehrpolitisch, sondern
vor allem in kultureller, sittlich-er-
zieherischer Hinsicht der Eigenart des
deutschen Volkes gemäß war. Und dies ist
das Entscheidende; denn ein allgemein gültiges Ideal
für die beste und zweckmäßigste Wehrform gibt es nicht.

Gewiß war der sichtbar Anlaß zur Einführung der
allgemeinen Wehrpflicht in Preußen die außenpolitische
Not. Der Zusammenbruch des friederichianischen Preu-
kentums unter den militärischen Schlägen Napoleons
konnte nur vor die Alternative stellen, die da lautete:
Ente oder Wiederaufstieg. War es schon eine Fügung
der Vorsehung, daß dem gequälten Volke damals Män-
ner erwuchsen, die Schlachten gewinnen konnten, so ist
es als noch größeres Glück zu betrachten, daß diese
militärischen Träger der preußischen Wiedergeburt
auch die Fähigkeiten besaßen, ein Reformwerk zu schaf-
fen, dessen sittlicher Gehalt zugleich das politische und
moralische Leben der Nation grundlegend beeinflusste und
veredelte. Im Einklang mit den Stein'schen Reformen
auf innerpolitischen Gebiet entstand mit der Schaffung
der allgemeinen Wehrpflicht auch ein neues Ethos des
preußisch-deutschen Soldatentums.

Bedeutete die altpreußische Wehrverfassung, die
Schöpfung Friedrich Wilhelm I., die strenge Tren-
nung von Soldaten- und Bürgerland, hatte noch nach
dem Kantonsreglement von 1792 der Souverän das
Recht, seine Untertanen nach eigenem Ermeßen und
Bedarf für den Heeresdienst auszuheben, — so wurde
durch die Wehrreform von 1814 etwas durchaus
Gegegentiliges geschaffen: Unter der Zwangsdiens-
pflicht, die in ihrer Schärfe im Vohensteden'schen Prägnat
unter der Bezeichnung „Allgemeine Wehrpflicht“ zu
einem typisch preußisch-deutschen Begriff geworden ist,
versteht man den Grundfah, nach dem alle wehrfähigen
Staatsbürger ohne Unterschied des Standes zum Hee-
resdienst herangezogen sind und zwar ohne die Mög-
lichkeit der Stellvertretung durch einen anderen. Gerade
dieser letztere Punkt ist wichtig, weil er die bei ana-
logen Einrichtungen früherer Zeiten und anderer Staa-
ten gern geübte Unstille aufhebt und damit ein durch-
aus unsoziales Vorrecht beseitigt. Die allgemeine Wehrpflicht
Die allgemeine Wehrpflicht Preußens wird somit nicht
nur zu einer militärisch und politisch zweckmäßigen
Anstalt, sondern darüber hinaus zu einem sitt-
lichen Prinzip erhoben. Der Dienst unter der
Fahne wird jetzt zur Ehrenpflicht und damit zu
einem Band, das alle Berufsstände und Stände glei-
chermassen verbindet.

Die Geschichte der folgenden hundert Jahre hat den
Beweis erbracht, daß diese Einrichtung dem Wesen des
deutschen Volkes voll und ganz entsprach. Die großen
erzieherischen Werte der allgemeinen Wehrpflicht wer-
den nur von grundsätzlichen Gegnern soldatischer Hal-
tung und nationaler Staatsauffassung geleugnet. Tat-
sache ist, daß dem deutschen Volke auf politischem,
wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet durch die
Wehrpflicht eine Unsumme von materiellen und ide-
ellen Vorteilen erwachsen ist, die sich in Ziffern gar-
nicht erfassen läßt.

Angesichts dieser Werte der allgemeinen Wehrpflicht
für das deutsche Volk erhebt sich die Frage, ob die
das Versailler Diktat vom Standpunkt unserer da-
maligen Gegner hinlänglich begründet. Und doch ist
hier ein Einwand notwendig, der gar nicht laut genug
erhoben werden kann. Wenn nämlich die uns feind-
liche Umwelt gerade in der deutschen Wehrpflicht ein
Symbol des „fluchwürdigen“ preußischen Militarismus
sah und in ihm wiederum die letzte Ursache des Welt-
krieges, — so beweist ein kurzer Rückblick auf die tat-
sächliche Wehrpolitik, wie unwar die im Ausland
noch immer verbreitete Auffassung ist.

Nachdem das Reich Bismarcks 1871 die allgemeine
Wehrpflicht vom Norddeutschen Bund übernommen
hatte, mochte angesichts der inner- und außenpolitischen
Stärke des damaligen Deutschlands der im Artikel 60
der Reichsverfassung festgelegte Hunderttag von 1 Pro-
zent der Bevölkerungsziffer als Standard für die
Friedensstärke der Armee zunächst genügen. Als sich
aber im Laufe der folgenden Jahrzehnte die außen-
politische Lage durch die Revolutionskämpfe Frankreichs, die

Entscheidungsmandat der Entente, durch die offen- kundig werdende Feindschaft Rußlands immer mehr zu Ungunsten Deutschlands veränderte, wäre eine größere Ausnutzung der durch die Wehrverfassung gegebenen Möglichkeiten nicht nur empfehlenswert, sondern sogar völli- sche Pflicht gewesen. Statt dessen zeigte etwa das Jahr 1911 folgende militärpolitische Situation: Wäh- rend das geographisch so ungeheuer bedrohte Deutsche Reich 51 Prozent seiner Wehrpflichtigen unter den Fahnen hatte, machte die Friedensstärke des französi- schen Heeres 88 Prozent der Wehrpflichtigen aus. Als endlich unter dem immer größer werdenden Ernst der außenpolitischen Lage der Reichstag die erste wirklich nennenswerte Heeresvermehrung — im Jahre 1913 — bewilligte, kam diese Maßnahme praktisch zu spät. Bei- geiger Anspannung der deutschen Völkseidenschaft Wehrkraft wie der französischen hätte das deutsche Heer bei der Mobilisierung von 1914 eine Kriegsstärke von 6,08 Millionen Mann gehabt anstatt 3,88 Millionen. Ueber zwei Millionen fehlende, ausgebildete Soldaten!

Es bedarf keiner großen Ueberlegung, sich die Be- deutung dieser beachtlichen Differenz zu Deutschlands Ungunsten klarzumachen. Hätte eine solche Erhöhung der deutschen Verteidigungskraft höchstwahrscheinlich schon zu einer raschen Entscheidung des Krieges ge- führt und damit der Menschheit eine Fülle von Leid erspart, so ist auch die Annahme nicht unberechtigt, daß angesichts einer voll ausgenutzten deutschen Wehr- bereitschaft unsere Nachbarn das Risiko des von ihnen vorbereiteten Krieges gegen den preußischen „Mili- tarismus“ vermutlich nicht eingegangen wären.

Wenn also das Diktat von Versailles dem deut- schen Reich unter anderem die allgemeine Wehrpflicht unterlagte, so geschah dies unter Vorwänden, die eine Fälschung unserer deutschen Geschichte darstellen; und es geschah mit dem Ziel, Deutschland nicht nur wehrpolitisch zu knebeln, sondern — und das empfinden wir mit Recht als unbillig im völkerrecht- lichen Sinne — um den deutschen Menschen in seiner Eigenart, seinem innersten Wesen tödlich zu treffen. Mit diesem Akt der Sterilisierung sollte fortan einem großen Kulturvolk die Freiheit und das jeder Nation heilige Recht genommen werden, seine Menschen, seine männliche Jugend vor allem, nach den ihm gemäßen Grundgesetzen und Wertungen zu erziehen, die da heißen: Zucht, Ordnung, Gehorsam, Opferbe- reitschaft, Wehrfreudigkeit und Vater- landsliebe!

Nur wenn man diesen gewalttätigen Eingriff in unser Leben als Volk und Nation in seiner ganzen Un- gerechtigkeit und Widerständigkeit klar erkennt, kann man ermessen, welchen Dienst Adolf Hitler seinem Volk erwies, als er ihm die allgemeine Wehrpflicht wieder erliefte.

Die Rede Flandins im Senat.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

Frankreich habe den Krieg. Alle Maßnahmen, die not- wendig seien, um den Frieden aufrechtzuerhalten, würden ergriffen werden.

Sofort nach der Proklamation des Reichstagslers Hitler habe Frankreich eine gemeinsame Aktion mit Eng- land und Italien vorgezogen. Der Schritt vor dem Völ- kersbundrat sei heute morgen beschloffen worden. Im übrigen habe sich der Minister heute morgen über den Protest geäußert, den der französische Reichstag der Reichsregierung überreichte. Die Regierung werde alles tun, um den Frieden aufrechtzuerhalten und werde in dem Bemühen nicht ablassen, sich einen mächi- gen Block der Staaten zu schaffen, die den selben Idealen treu geblieben seien wie Frankreich.

Alle Franzosen müßten sich nun in der heiligen Vater- landsliebe einigen. Es sei nicht möglich, die moralische Vorbereitung des Volkes von seiner militärischen Vorbe- reitung zu trennen. Man solle sich ein Beispiel nehmen an der moralischen Vorbereitung, die jenseits des Rheines getroffen worden sei. Die Propaganda gegen die franzö- sische Armee und gegen das Vaterland müßten als Hoch- verratsverbrechen angesehen werden. Frankreich werde es nicht mehr zulassen, daß in seinen Kolonien sich eine Propaganda entwickele, die die Eingeborenen gegen Frankreich aufreize.

Flandin schloß mit einem Ruf zur Einheit und zur Befestigung des inneren Zwistes. Er forderte die Kammer auf, die Regierung zu unterstützen. In einem Augenblick, wo Frankreich die Flamme des Rechtes und der Gerechtigkeit wieder entfackeln solle, man nicht daran zweifeln, daß eine lange Reihe von Nationen sich Frank- reich anschließen würde in der Stunde der Gefahr. Es sei zu hoffen, daß die Gefahr abgewendet werde und daß das Recht und die Gerechtigkeit triumphieren werden.

Entschließung des Senats.

Nach längerer Aussprache stimmt der Senat über fol- gende, von de Jouvenel eingebrachte Entschließung ab: Der Senat vertraut der Regierung, daß sie eine Politik der nationalen Sicherheit und der Sicherstellung des Friedens fortsetzen wird, billigt ihre Erklärung und geht zur Tagesordnung über.

Erst nach einigem Hin und Her, wobei mehrere Ent- schließungsanträge gestellt und wieder zurückgezogen wur- den, einigte sich der Senat auf diese Formel, um nach

innen und außen den Eindruck der Einmütigkeit zu er- zeugen.

Die Entschließung de Jouvenel wurde schließlich mit 263 gegen 21 Stimmen angenommen.

Der erste Eindruck der bisher im Auszug vorliegen- den Rede des französischen Ministerpräsidenten geht da- hin, daß Flandin es sich unter Verwendung bekannter und oft angewandter und ebenso oft widerlegter Ar- gumente (wie die Kriegsschuld, die längst durch ob- jektive historische Forschung widerlegt ist) leicht macht, Deutschland mit seinem Entschluß vom 16. März ins Un- recht zu setzen. Auf der anderen Seite vermißt man auch den geringsten Hinweis auf die jahrelang sich hingiehen- den Unterlassungen, Verfehlungen und Verjüngnisse der anderen, ja deren passive Resistenz, die der Durchführung berechtigter deutscher Forderungen entgegengekehrt worden ist. So entsteht der Eindruck, als ob Frankreich an seiner alten politischen Ideologie festhalten wollte, an der bisher jeder Fort- schritt scheitern mußte. Es muß bedauert werden, daß die Rede Flandins offenbar keinen Anhalt dafür gibt, daß die mit dem 3. Februar in London inaugurierte Politik seitens der Franzosen wirklich ernsthaft in der Richtung einer europäischen Entspannung ge- wollt war. Frankreich vermag sich offenbar immer noch nicht damit abzufinden, daß mit einem gleichberech- tigten Deutschland in freier Weise verhandelt wer- den soll.

Wenn Frankreich wirklich, wie Flandin sagt, „um

Deutschland und die olympische Idee.

Offizieller Aufruf zu den olympischen Spielen 1936. — Der Empfang im Propagandaministerium.

Der Reichssportführer vor der Diplomatie und Auslandspreffe.

▼ Berlin, 20. März.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propa- ganda empfing Mittwochs nachmittag in den Festräumen seines Ministeriums das diplomatische Korps und die Vertreter der ausländischen Presse. Der Empfang bildete den offiziellen deutschen Auftakt zu den olympischen Spielen 1936 und erhielt seine besondere Bedeutung durch eine große Rede des Reichs- sportführers v. Tschammer und Osten, der über das Thema „Die deutschen Leibesübungen, der Reichssport- führer und die olympischen Spiele 1936“ sprach. Durch diesen Empfang und seinen überaus eindrucksvollen Ver- lauf wurde eindeutig und weithin sichtbar vor aller Welt bekundet, daß die höchsten Stellen des Deutschen Reiches rückhaltlos hinter den olympischen Spielen in Berlin stehen und durch ihren Einsatz ihre erfolgreiche Durch- führung gewährleisten.

Der Einladung des Reichsministers für Volksauf- klärung und Propaganda war überaus zahlreich Folge geleistet worden. Es waren erschienen Ministerpräsident General der Flieger Göring, Reichsaußenminister Frei- herr v. Neurath, Reichsarbeitsminister Seidte und Reichsernährungsminister Darré. Das diploma- tische Korps war zahlreich vertreten. Ebenso sah man die meisten ausländischen Journalisten.

Reichsminister Dr. Goebbels begrüßte die Gäste und betonte, daß er für einen glücklichen, friedlichen Verlauf der olympischen Spiele die Möglichkeit gegeben sei, das heiße Terrain der Weltpolitik zu verlassen und es mit der etwas kühleren Atmosphäre des völkerver- bindenden Sportes zu vertauschen. Nach diesen Be- grüßungsworten

ergriff der Reichssportführer das Wort

zu seinem Vortrag. Er gab zunächst einen Überblick über die Geschichte der deutschen Leibesübungen, die so alt seien wie das deutsche Volk überhaupt. Der Reichs- sportführer wies darauf hin, daß die Pflege der Leibes- übungen bestimmten nationalen Gesetzen ge- horche, die in jedem Lande entsprechend seiner biologischen und soziologischen Struktur verschieden seien. Deutschland habe neben der rein sportlichen und erziehungsmäßigen Aufgabe den Gesundheitsaspekt nach den Jahren der Hungerkatastrophen besonders zu berücksichtigen. Der Reichssportführer ging dann darauf ein, daß das nationalsozialistische Deutschland sich nicht getraue habe, seinen Sportlern zu sagen, daß sie eine nationale Aufgabe zu erfüllen hätten. Mit dieser Auffassung befinde sich Deutschland durchaus in Übereinstimmung mit den Ansichten anderer Völker. Auch die Weltkämpfer schätzten ja vor den olympischen Spielen bei der höchsten Manifestation internationaler sportlicher Zu- sammenarbeit aller Völker der Welt, zu kämpfen für die Ehre ihres Vaterlandes und zum Ruhm seines Sportes. So entspräche die Bindung des sportlichen Tuns an die Ehre des Vaterlandes durchaus internationalen Ge- pflogenheiten.

Mit Nachdruck erklärte der Reichssportführer hier- bei: Wir verlangen von unseren deutschen Ver- tretern, daß sie ihr Bestes einbringen für den Sieg, in- dessen verlangen wir mit gleicher Schärfe, daß unsere Vertreter auch zitterfeste Berichter sind.

Höchstbesuchsziffern für die Hochschulen.

Der Zug nach der Großstadt soll abgestoppt werden.

▼ Berlin, 20. März.

Die Hochschulen in den deutschen Großstädten aben nach dem Kriege ein ungemein größeres Wachstum als die Hochschulen der mittleren und kleineren Städte aufzuweisen gehabt.

Der Zug nach der Großstadt ist noch unvermindert im Wachsen. Um die deutschen Studenten aus der Großstadt hinauszuführen in die kleinen und mittleren Hochschu- lorte zu intensiver Arbeit und um eine möglichst enge Verbindung zwischen Hochschullehrern und Studenten wie- derherzustellen und zu gewährleisten, legt der Reichsmini- ster für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für die Universitäten der Städte Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Münster und die Technischen Hochschulen der Städte Berlin, Dresden und München folgende Studentenziffern fest:

a) Universitäten:	
Berlin einschließlich landwirtschaftliche und tierärztliche Fakultät	5600
Frankfurt a. M.	1400
Köln a. Rh.	2300
Leipzig	3100
Hamburg	1600
München	5000
Münster i. Westf.	2500
b) Technische Hochschulen:	
Berlin	1800

München	1800
Dresden	1400

Diese Ziffern liegen — unter Berücksichtigung der all- gemein zurücklaufenden Studentenziffern — etwa 10 v. H. unter dem im Sommersemester 1935 zu erwartenden Be- such der genannten Hochschulen.

Innerhalb der Fakultäten erfolgt die Verteilung derart, daß 70 v. H. der Zahlen des Sommersemesters 1934 erreicht werden dürfen. Da die festgesetzten Zahlen aufgerundet sind und wenig über den errechneten 70 v. H. des Sommersemesters 1934 liegen, verbleibt für jede Hoch- schule ein Rest. Der Minister empfiehlt, diesen Rest so zu verwenden, daß Härtefälle vermieden werden, ins- besondere daß auf eine Fülle bedürftiger, ortsnaher Studenten das Studium in ihrer Heimat nicht er- möglicht wird. Bis zum 25. März 1935 sollen die Hoch- schulverwaltungen die bisher eingetragenen Studenten des Wintersemesters 1934 fest und bestimmen danach die Zahl der zuzulassenden Neumatrikulatio- nen, nach Fakultäten getrennt.

Schriftliche Anträge auf Immatrikulation sind in der Reihenfolge des Eingangs zu berücksichtigen.

Beurlaubte Studenten zählen als Immatrikulierte. Diese Bestimmungen finden auf Ausländer keine Anwendung, diese sind in die Höchstzahl nicht ein- begriffen. Reichsdeutschen Studenten, die sich neu an einer Hochschule in den deutschen Großstädten immatriku- lieren lassen wollen, wird empfohlen, vorher bei der Hochschulbehörde des in Aussicht genommenen Studien- ortes (zweimächtig mittels eingeschriebenen Briefes) an- zufragen, ob die Immatrikulation noch möglich ist.

den auf der Gerechtigkeit und der Ehre ruhenden Freile- gung beruht, so muß man sich fragen, ob diese Reden des französischen Staatsmannes und sein Schritt in Genf wirklich der richtige Weg hierfür ist.

Die Beschlüsse des französischen Ministerrates.

DNB Paris, 20. März.

Ueber die mehrstündige Beratung des Ministerrates wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Außenminister Laval hat den Ministerrat über die auswärtige Lage unterrichtet. Der Ministerpräsident hat den Ministerrat von der Erklärung in Kenntnis gesetzt, die er heute nachmittag im Senat abgeben wird.

Anschließend hat der Ministerrat

1. den Vorkauf der Protestnote genehmigt, die in Beantwortung der Mitteilung vom 16. März der Reichsregierung überreicht wird;
2. die Verhandlungen, die gegenwärtig mit England und Italien über ein Konventions- verfahren gepflogen werden, gebilligt und
3. beschlossen, den Völkersbundrat mit der Angelegenheit zu befaßen.

Der Ministerrat hat weiter den Außenminister La- val ermächtigt, die Einladung der Sowjet- regierung, sich demnächst nach Moskau zu begeben, anzunehmen.

dem Grundjah der Hochachtung aber und auf der Grund- lage gleicher Ehre werden die wahren Sportfreunde- schaften unter den Völkern geschlossen. Gerade gegenüber einigen Neuerungen des Auslandes wies der Reichs- sportführer darauf hin, daß zwar die deutschen Leibes- übungen vom Führer und allen seinen Ministern die stärkste ideale Unterstützung erhielten, daß aber die Finanzierung auf dem Opferwillen der deutschen Turn- und Sportgemeinden beruhe. So könne er für die deutsche Turn- und Sportbewegung das Bekenntnis ablegen, daß sie es als eine Ehrensache ansehe, abgesehen von den zu erfüllenden Bauten, die Vorbereitung für die olympischen Spiele aus eigenen Mitteln zu betreiben.

Anschließend kam der Reichssportführer auf die olympischen Spiele 1936 zu sprechen und betonte, es sei eine Fiktion der gnädigen Vorlesung gewesen, daß zugleich mit den Ausgrabungen des alten Tempelbezirks Olympia vornehmlich durch deutsche Gelehrte die olympi- sche Idee selbst wieder lebendig wurde. Sie stellt über die Höhen einer rein materiellen Weltanschauung die er- habenen Standbilder eines Ideals. Wir sind ergriffen von der Größe der Aufgabe, als Ausrichter der Spiele, ihren tiefsten Gehalt zu erschöpfen. Der Reichssportführer wies darauf hin, daß Deutschland dank dem persönlichen Eingreifen des Führers für die olympischen Spiele Kampfstätten zur Verfügung stellen könne, die der Größe und Würde der Spiele nach jeder Richtung Rech- nung tragen. Darüber hinaus bemühe er sich, unter Führung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die olympische Idee in das ganze Volk hineinzutragen. Von der Wirkung dieser Propagandaaufarbeit erhoffte er sich, daß Deutschland 1936 bei den Spielen mit seinen Massen ein jachver- kändiger und ritterlicher sportlicher Rhyth- mus sein werde, der allen Gästen die ihnen gebührende Ehre gebe.

Wir sind darum bemüht, so erklärte der Reichs- sportführer abschließend, hervorragende Ge- lehrte und Künstler einzuladen, während der Spiele ihre Schätze unter die Jugend aller Völker zu verteilten.

Was Deutschland selbst an Kulturwerten zu geben hat, die Tiefe des Geistes und der Kunst, soll aufge- boten werden, getreu dem griechischen Vorbild, in der Kraft des Geistes dem Adel des Geistes zu dienen. Wir gestalten freiwillig, daß wir damit auch die Welt ver- binden, viele tausend Gäste einen Blick in unsere wahre Art und in das unerschöpfliche Deutschland tun zu lassen, damit die olympische Idee, die wie sie die Sprache der Jugend der Welt, so auch die Sprache des Friedens spricht, für ein Volk zeugt, das seinem friedlichen Wiederaufbau oder Leibesübungen alle Kräfte zuführen will.

Wägen die Abordnungen der 48 Nationen, die mit ihren Fahnen am 1. August ins Deutsche Stadion ein- ziehen werden, die Avantgarde einer Armee sein, die in den Frieden der Ehre und der Ritterlichkeit marschiert.

Blutige Wahlvorbereitung in Ungarn.

Sechs Tote bei einer Wahl- versammlung.

DNB Budapest 20. März.

In der Gemeinde Endröd im Wahlbezirk Befes kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Die Wahl- behörden wollten eine Wahlversammlung, in der der Kandidat der unabhängigen Kleinlandwirte

partei, Andahazi-Kasnya, nicht erschienen war, auf- lösen, worauf die Menge den Genzarmerie- posten angriff, so daß dieser von der Waffe Ge- brauch machen mußte. Fünf Personen, darunter eine Frau, waren auf der Stelle tot, eine sechste starb bei der Ueberführung ins Hospital und eine sechste Person wurde schwer verletzt. Es wurde sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet. Der Minister des Innern, Rozsma, begibt sich an den Tatort.

Der Führer in Stuttgart.

Zapfenstreich der Wehrmacht.

DNB Stuttgart, 19. März.

Am Dienstag um 18.30 Uhr traf der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, begleitet von seinem engeren Stabe, im Kraftwagen hier ein. Er blieb im Hotel „Viktoria“ ab. Obwohl von seinem Besuch in Stuttgart nichts bekannt war, verbreitete sich die Nach- richt von seiner Ankunft wie ein Lauffeuer. In kurzer Zeit strömten Tausende von Volksgenossen vor dem Hotel „Viktoria“ zusammen, um den Führer zu sehen. Jedes Mal, wenn der Führer sich am Fenster zeigte, fiel ein unermesslicher Jubel zu ihm empor.

Die wichtige und eindrucksvolle Kundgebung uner- schütterlicher Treue und Dankbarkeit für den Retter Deutschlands fand gegen 23 Uhr ihren Abschluß vor dem Hotel Viktoria durch einen Zapfenstreich der Wehrmacht. Der Führer, der mit seiner Begleitung auf dem Balkon des Hotels erschien, wurde von der Be- völkerung wieder und wieder jubelnd begrüßt und erst der Beginn des Zapfenstreiches machte den Kundgebun- gen ein Ende. Zum Schluß klangen das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied über den Platz. Das Kommando zum Abmarsch der Truppen ertönte und von neuem legten die begeisterten Heiräte der Massen ein, bis der Führer sich grüßend und dankend von den begeisterten Stuttgartern verabschiedete. Mittwochs mittag hatten sich zur Verabschiedung des Führers im Hotel „Viktoria“ Reichstags- hailer Gauleiter Murr, Ministerpräsident Wengertshaler, von Seiten der Wehrmacht der Chef des Stabes Oberst Ruff in Vertretung des dienlich abwesenden General- leutnants Geyer und Stadtkommandant Oberst Most ein- gefunden.

Der Führer an Frau Duisberg.

DNB Berlin, 20. März.

Der Führer und Reichskanzler hat an Frau Geheim- rat Duisberg nachstehendes Heilwortschreiben ge- richtet:

„Zu dem schweren Verlust, der Sie durch den Tod Ihres Herrn Gemahls betroffen hat, spreche ich Ihnen meine herzlichste Anteilnahme aus. Die deutsche chemische Industrie verliert in dem Verstorbenen einen ihrer ersten Monitoren und einen erfolgreichen Führer, die deutsche Wirtschaft einen ihrer großen Organisatoren. Sein Name wird in Deutschland in Ehren weiterleben.“

gez. Adolf Hitler.“

Das Jubiläum des Kardinals Schulte.

Ein Glückwunschtelegramm Dr. Frick.

DNB Berlin, 20. März.

Der Reichs- und preußische Minister des Innern, Dr. Frick, hat an den Erzbischof Kardinal Schulte zu dessen silbernem Bischofsjubiläum folgendes Glückwunschtele- gramm geschickt:

„Zum silbernen Bischofsjubiläum spreche ich Em. Eminenz herzlichste Glückwünsche aus. Mögen Ihnen noch viele Jahre segensreichen Schaffens beschieden sein.“

Reichs- und preußischer Innenminister

gez. Dr. Frick.“

Neuregelung von Zuständigkeiten.

Reichsreform und preußisches Staatsministerium.

DNB Berlin, 20. März.

Im Zuge der realen Durchführung der Reichsreform hat der preußische Ministerpräsident durch Erlass vom 11. März 1935 eine Neuregelung von Zuständigkeiten

innerhalb des preußischen Staatsministeriums getroffen. Danach sind dem Reichsarbeitsminister und dem Reichs- verkehrsminister die ihrem Aufgabenbereich in der preu- ßischen Verwaltung entsprechenden Arbeitsgebiete über- tragen worden. Der Reichsarbeitsminister führt in Zu- kunft die Amtsbezeichnung „Der Reichs- und preu- ßische Arbeitsminister“, der Reichsverkehrsminister die Amtsbezeichnung „Der Reichs- und preu- ßische Verkehrsminister“.

Zeitungsverleger gemäßigert.

DNB Frankfurt, 20. März.

Dem Zeitungsverleger Walter Graef, Frankfurt, der während einer Ankammer Veranstaltung beim Gesang des Horst-Wessel-Liedes es gewagt hatte, die Hand auf dem Rücken zu halten, ist vom Reichsverband Deutscher Zeitungsverleger die Befugnis aberkannt worden, die „An- klamer Zeitung“ herauszugeben.

Kleiner Negerjunge entseffelt

in Newyork ungeheuren Tumult.

Wüste Ausschreitungen im Stadtteil Harlem.

8 Newyork, 20. März.

Im Negerviertel Harlem im Norden Newyorks kam es am Dienstag abend aus einem geringfügigen Anlaß zu wüsten Ausschreitungen, an denen sich Tausende von Negern beteiligten.

In einem hauptsächlich von Negern besuchten Ein- heitspreiskladen war ein Negerjunge beim Diebstahl einiger Stücke Zuckermehl ertappt worden. Während er gerade an Ort und Stelle vernommen wurde, wurde an dem Laden ein Sarg vorbeigezogen. In diesem Augenblick gingen einige Negerweiber laut auf zu schreien, der festgenommene Junge sei totgeschlagen worden und werde gerade in einem Sarg weggebracht.

Hierauf ereigneten sich unbeschreibliche Szenen. Immer größer werdende Mengen von Negern drangen in den Einheitspreiskladen ein, kügerten sich auf die Angestellten, von denen einige durch Bißwunden schwer verletzt wurden und zer- trampelten und zerstörten den größten Teil der aus- gestellten Waren. Die Ausschreitungen griffen dann auf die umliegenden Straßen über, und bald war das ganze Negerviertel von Tausenden von toben- den Negern erfüllt, die Ladenfenster einwarfen und die in Stücke von mehreren tausend Mann zusammen- geschogene Polizei mit Steinen bewarfen.

Auch kommunistische Plakate mit Lynchmordbe- schuldigungen waren zu sehen. Volksernörer feu- erten die rauchende Menge zu immer weiteren Ausschreitungen an. Zahlreiche Läden wurden vollkommen ausgeplündert. Dem Urheber des gewaltigen Tumultes, dem kleinen Negerdich, war es bereits bei Beginn der Ausschreitungen gelungen, sich in aller Stille davonzuschleichen.

Die Folgen der Negerhysterie.

Der Negeraufstand in dem Newyorker Stadtteil Har- lem konnte, wie ergänzend bekannt wird, erst in den frühen Morgenstunden des Mittwoch vollständig einge- dämmt werden. Die Polizei nahm 100 Verhaftungen vor. Ueber 100 Personen wurden verletzt. Unter ihnen befinden sich mehrere, die durch Schüsse schwer verwundet wurden.

In der Stadt Vinho, 200 km östlich von München, wurden 885 Häuser durch Feuer zerstört. Man vermutet, daß es sich um eine kommunistische Brand- ritterschaft handelt.

Der englische F... heute nachmittag... aufgeführt und ihm... Einwendunge... gegenüber den... bau der Wehr... Am Schluß die... die Reichsreg... Besuches von S... doner Kommuniqu... zu erzörten, S... in bejahenden

Zu der Lage na... den Aufbau der... Schritt in Berlin... tisch-Politisch

Deutschland lehn... nationale Rüstung... vor und will ihre... ist noch zu ver... regime für D

Das politische... britische Regieru... Whips in Berlin... allgemeinen Weh... wurde schon heute... dann am Nachmit... haus bestätigt. W

Die deut... Antwort... minister Sir... bewahrer... tag nach B

Aus Ausführu... ten des „Daily... Schlußfassung des... Sohn Simon ange... worden sind, ist f... spielenden Gebant

Die Minister, da... der Meinung, daß... gerührt hat, a... deutschen Weh... der Woche ge... land hatte in seine... fischen Erklärung... gung und Zucht... gänge von der Er... Die Berliner Weh... Grundlage f... in einem allgemei... schaffen. Schöner... hatte die inner... abschließen ware... nationaler Rüstu... durch gemein... sonderen Ein... Vertrages er

Da Deutschland... des Rüstungsidea... iert aufgef... welche Grund... übrig geblieben... nicht hatte.

London, Paris... nungsaustausch... schaffern in Berlin... hat angeregt, d... haben werden... veränderte Lage... zösische, britische... macht. Die neue... Belohnen Gens... Wichtigkeit als b... licht auf eine etw... gramm abgeleitet

Zwischen Großb... Einheit, daß b... einem Niveau... nommen werde... nach „Gleichberecht... das Verlangen na... Frankreich könnte... deutschen Hiftern... eine deutsche Armee... Mann übersteigt... matischen Korrele... deutschen Standpu... führungen des Re... Die Schriftleitung)

Der Besuch d... beim R

Der englische F... heute nachmittag... aufgeführt und ihm... Einwendunge... gegenüber den... bau der Wehr...

Am Schluß die... die Reichsreg... Besuches von S... doner Kommuniqu... zu erzörten, S... in bejahenden

Zu der Lage na... den Aufbau der... Schritt in Berlin... tisch-Politisch

Deutschland lehn... nationale Rüstung... vor und will ihre... ist noch zu ver... regime für D

Das politische... britische Regieru... Whips in Berlin... allgemeinen Weh... wurde schon heute... dann am Nachmit... haus bestätigt. W

Die deut... Antwort... minister Sir... bewahrer... tag nach B

Aus Ausführu... ten des „Daily... Schlußfassung des... Sohn Simon ange... worden sind, ist f... spielenden Gebant

Die Minister, da... der Meinung, daß... gerührt hat, a... deutschen Weh... der Woche ge... land hatte in seine... fischen Erklärung... gung und Zucht... gänge von der Er... Die Berliner Weh... Grundlage f... in einem allgemei... schaffen. Schöner... hatte die inner... abschließen ware... nationaler Rüstu... durch gemein... sonderen Ein... Vertrages er

Da Deutschland... des Rüstungsidea... iert aufgef... welche Grund... übrig geblieben... nicht hatte.

London, Paris... nungsaustausch... schaffern in Berlin... hat angeregt, d... haben werden... veränderte Lage... zösische, britische... macht. Die neue... Belohnen Gens... Wichtigkeit als b... licht auf eine etw... gramm abgeleitet

Zwischen Großb... Einheit, daß b... einem Niveau... nommen werde... nach „Gleichberecht... das Verlangen na... Frankreich könnte... deutschen Hiftern... eine deutsche Armee... Mann übersteigt... matischen Korrele... deutschen Standpu... führungen des Re... Die Schriftleitung)

Der Besuch d... beim R

Der englische F... heute nachmittag... aufgeführt und ihm... Einwendunge... gegenüber den... bau der Wehr...

Am Schluß die... die Reichsreg... Besuches von S... doner Kommuniqu... zu erzörten, S... in bejahenden

Zu der Lage na... den Aufbau der... Schritt in Berlin... tisch-Politisch

Deutschland lehn... nationale Rüstung... vor und will ihre... ist noch zu ver... regime für D